

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	9
Literaturverzeichnis	39
Abkürzungsverzeichnis	53

TEIL A: EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEME DER BESTEUERUNG WIEDERKEHRENDER BEZÜGE UND ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

I. Allgemeines	61
II. Begriff der „wiederkehrenden Bezüge“	62
III. Subsidiäre Bedeutung des § 22 Nr. 1 EStG	72
IV. Korrespondenzprinzip	74
V. Nicht steuerbare Zuwendungen i. S. d. § 12 Nr. 2 EStG	76
VI. Steuerbefreiungen in § 3 EStG	89

TEIL B: VERMÖGENSÜBERTRAGUNGEN GEGEN WIEDERKEHRENDE LEISTUNGEN

I. Unentgeltliche Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen	91
II. Veräußerung von Privatvermögen gegen wiederkehrende Leistungen	238

TEIL C: BETRIEBLICHE WIEDERKEHRENDE BEZÜGE

I. Veräußerung von Betriebsvermögen gegen wiederkehrende Bezüge	253
II. Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge geringer oder höher als der Wert des übertragenen Betriebs	325
III. Betriebliche Versorgungsrenten	327
IV. Laufende Bezüge, die keine Renten sind und aus Versorgungsgründen gezahlt werden	355
V. Renten und Gewinn- oder Umsatzbeteiligungen an lästige Gesellschafter	357

VI.	Betriebliche wiederkehrende Bezüge ohne Veräußerungs- und Versorgungscharakter	360
VII.	Steuerliche Behandlung laufender Bezüge mit betrieblichem Charakter im Falle beschränkter Steuerpflicht und Steuerpflicht gem. § 2 Außensteuergesetz	367

TEIL D: BESTEUERUNG VON ALTERSBEZÜGEN

I.	Allgemeines	369
II.	Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Altersbezüge aus der Basisversorgung	372
III.	Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Leistungen aus Verträgen außerhalb der Basisversorgung und außerhalb von Riester-Verträgen	504
IV.	Wirkungen der Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG	586
V.	Besteuerung nach § 22 Nr. 5 EStG (Riester-Renten)	592
VI.	Besteuerung von Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung	737
VII.	Steuerliche Behandlung der Versorgungsbezüge	801
VIII.	Erstellung und Auswertung von Rentenbezugsmitteilungen nach § 22a EStG	816
IX.	Tarifermäßigung	822
X.	Besteuerung von Alterseinkünften bei beschränkter Steuerpflicht	824

TEIL E: BESTEUERUNG DER ÜBRIGEN WIEDERKEHRENDEN BEZÜGE

I.	Schadensersatz- und Schmerzensgeldrenten	827
II.	Versorgungsausgleich nach Scheidung der Ehe	833
III.	Unterhaltsleistungen geschiedener oder dauernd getrennt lebender Ehegatten/Lebenspartner (Realsplitting)	864
IV.	Abzug der Jahreserbschaftsteuer nach § 23 ErbStG als dauernde Last	875
V.	Rentenversicherungen und Lebensversicherungen gegen fremdfinanzierten Einmalbetrag	880
	Stichwortverzeichnis	885

	Rz.	Seite
Vorwort		5
Inhaltsübersicht		7
Literaturverzeichnis		39
Abkürzungsverzeichnis		53

**TEIL A: EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEME DER BESTEUERUNG
WIEDERKEHRENDER BEZÜGE UND ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE**

I. Allgemeines	1	61
II. Begriff der „wiederkehrenden Bezüge“	11	62
1. Bedeutung des Begriffs	11	62
2. Inhalt des Begriffs	16	63
a) Noch ausstehende Klärung	16	63
b) Häufigkeit und Dauer	17	63
c) Einheitlicher Rechtsgrund oder einheitlicher Entschluss	26	64
d) Regelmäßigkeit der Leistungen	29	65
e) Güter in Geld oder Geldeswert	36	66
aa) Allgemeine Grundsätze	36	66
bb) Eigene Dienstleistungen	40	67
f) Abgrenzung wiederkehrender Bezüge von der Vermögensumschichtung	46	68
aa) Abgrenzung gegen Ratenzahlungen	46	68
bb) Abgrenzung der anlässlich von Veräußerungsvorgängen vereinbarten wiederkehrenden Bezüge von den Vermögensumschichtungen	48	69
3. Bedeutung der wiederkehrenden Leistungsform für die Steuerbarkeit der Bezüge	56	69
a) Rechtsauffassung von 1920 bis 1994	56	69
b) Aufgabe des bisherigen Grundsatzes durch den BFH im Jahr 1994	57	70
c) Stellungnahme zu der neueren Rechtsprechung des BFH	59	71
d) Tragweite der neueren BFH-Rechtsprechung	60	71

	Rz.	Seite
III. Subsidiäre Bedeutung des § 22 Nr. 1 EStG	66	72
IV. Korrespondenzprinzip	76	74
V. Nicht steuerbare Zuwendungen i. S. d. § 12 Nr. 2 EStG	81	76
1. Grenzen der Wechselwirkung zwischen § 12 Nr. 2 EStG und § 22 Nr. 1 EStG	81	76
2. Zuwendungen	86	78
3. Freiwillige Zuwendungen	91	78
4. Freiwillig begründete Rechtspflicht	96	79
5. Zuwendungen an eine unterhaltsberechtigzte Person	101	80
a) Abgrenzung des betroffenen Personenkreises	101	80
b) Übergang der Unterhaltsverpflichtung auf den Erben	105	82
c) Ausnahmeregelung für dauernd getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten	106	83
d) Zuwendungen des Ehegatten/Lebenspartners des gesetzlich Unterhaltspflichtigen und Zuwendungen an den Ehegatten/Lebenspartner des gesetzlich Unterhaltsberechtigten	107	83
6. Bedeutung der unbeschränkten Steuerpflicht des Leistenden (bis VZ 2008)	111	84
7. Ausnahme von der Steuerbefreiung nach § 22 Nr. 1 Satz 2 EStG	116	85
a) Grund für die Rückausnahme	116	85
b) Voraussetzungen für § 22 Nr. 1 Satz 2 Halbsatz 2 Buchst. a EStG	126	87
c) Voraussetzungen für § 22 Nr. 1 Satz 2 Halbsatz 2 Buchst. b EStG	127	87
d) Konkurrenzverhältnis zu § 20 Abs. 1 Nr. 9 EStG	131	88
VI. Steuerbefreiungen in § 3 EStG	136	89

TEIL B: VERMÖGENSÜBERTRAGUNGEN GEGEN WIEDERKEHRENDE LEISTUNGEN

I. Unentgeltliche Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen	146	91
1. Rechtsentwicklung	146	91
a) Aktuelle Abgrenzung	146	91
b) Rechtslage bis Anfang der 1990er Jahre	151	92
aa) Entgeltliche Rechtsgeschäfte	151	92
bb) Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	153	92

	Rz.	Seite
c) Neuausrichtung der unentgeltlichen Rechtsgeschäfte durch die Beschlüsse des Großen Senats vom 5.7.1990 und 15.7.1991	156	93
d) Folgerechtsprechung der Einzelsenate	161	94
aa) Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	161	94
bb) Entgeltliche Rechtsgeschäfte	168	96
e) Reaktion der Finanzverwaltung	172	98
aa) Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	172	98
bb) Entgeltliche Rechtsgeschäfte	177	99
f) Erneute Entscheidungen des Großen Senats vom 12.5.2003 zur unentgeltlichen Vermögensübergabe	183	100
aa) Kritik an der bisherigen Rechtslage	183	100
bb) Vorlagebeschlüsse	185	100
cc) Entscheidung des Großen Senats zum Typus 2	191	102
dd) Entscheidung des Großen Senats zum Typus 1	200	103
g) Gesetzliche Einschränkung der unentgeltlichen Vermögensübergabe durch das JStG 2008	204	104
2. Vermögensübergabe zur Regelung der vorweggenommenen Erbfolge	211	106
3. Formelle Voraussetzungen eines Versorgungsvertrages	220	109
a) Grundsatz	220	109
b) Änderung von Vereinbarungen	221	109
c) Nicht vertragsgemäßes Verhalten	222	110
d) Geänderter Versorgungsbedarf/geänderte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	227	112
e) Umwandlung einer dauernden Last in eine Rente und umgekehrt	228	113
f) Wertsicherungsklauseln	230	114
g) Begrenzung der Leistungen für den Fall der Pflegebedürftigkeit	236	116
aa) Allgemeines	236	116
bb) Regelungen zum sog. Sozialhilferegress	237	117
(1) Rechtliche Grundlagen	237	117
(2) Möglichkeiten der Vermeidung?	240	119
4. Materielle Voraussetzungen einer begünstigten Vermögensübergabe	241	122
a) Vermögensübergabeverträge vor dem 1.1.2008	241	122
aa) Begriff und Definition existenzsichernden Vermögens	241	122

	Rz.	Seite
bb) Aufteilung der erwirtschafteten Erträge	246	124
cc) Vom Vermögensübernehmer zu eigenen Wohnzwecken genutzte Wohnung	249	125
(1) Ursprüngliche Auffassung	249	125
(2) Erste Entscheidung der Rechtsprechung	250	126
(3) Anpassung der Verwaltungsauffassung	251	127
(4) Abweichende Entscheidung des Großen Senats des BFH	252	127
(5) Erneut angepasste Auffassung der Finanzverwaltung	253	127
(6) Eigene Auffassung	254	128
dd) Übertragung eines Geldbetrages	256	128
(1) Existenzsichernde Wirtschaftseinheit bei Umschichtungsverpflichtung	256	128
(2) Weiterentwicklung der Grundsätze durch die Finanzverwaltung	261	130
ee) Wertpapiervermögen	267	133
b) Vermögensübergabeverträge nach dem 31.12.2007	269	134
aa) Begünstigtes Vermögen	269	134
(1) Begünstigte Mitunternehmeranteile	271	135
(2) Begünstigte Betriebe und Teilbetriebe	277	138
(3) Begünstigte Anteile an einer GmbH	279	139
(4) Missbrauchsregelung	285	143
bb) Wohnanteil eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft	286	144
c) Empfänger des Vermögens (Person des Vermögensübernehmers)	290	146
aa) Übertragung an Abkömmlinge	290	146
bb) Übertragung an gesetzlich erbberechtigte entfernere Verwandte	291	147
cc) Erbausschlagung gegen Versorgungsleistungen	292	147
dd) Übertragung abweichend von der Erbfolge	293	147
ee) Übertragung an nahe stehende Dritte	294	148
ff) Übertragung an fremde Dritte	295	148
d) Empfänger der Versorgungsleistungen (Person des Vermögensübergebers)	296	149
aa) Grundsatz	296	149
bb) Abgrenzung zum Gleichstellungsgeld	298	150

	Rz.	Seite
cc) Versorgung von Personen außerhalb des Generationennachfolgeverbundes	301	151
e) Wiederkehrende Leistungen auf die Lebenszeit des Berechtigten	306	152
aa) Grundsatz	306	152
bb) Vereinbarung von abgekürzten Leibrenten	309	153
cc) Vereinbarung einer Mindestzeitrente	311	155
f) Ausreichend ertragbringende Wirtschaftseinheit	316	156
aa) Unklare Entscheidung des Großen Senats des BFH in den 1990er Jahren	316	156
bb) Folgerechtsprechung der Einzelsenate des BFH	317	157
cc) Auslegung der Finanzverwaltung	319	157
(1) Typuseinteilung	319	157
(2) Ermittlung der maßgebenden Erträge	320	159
dd) Erneute Entscheidung des Großen Senats im Jahr 2003	329	161
(1) Einbeziehung von Nutzungsvorteilen in die Ermittlung des Nettoertrags	330	161
(2) Ermittlung der ersparten Nettomiete	339	164
(3) Berücksichtigung eines Unternehmerlohns	340	165
(4) Zukunftsgerichtete Ertragsprognose	342	165
(5) Beweiserleichterungen bei Unternehmensübertragungen	346	167
ee) Auswirkungen der Gesetzesänderung zum 1.1.2008	354	170
(1) Allgemeines	354	170
(2) Einbeziehung von Nutzungsvorteilen in die Ermittlung des Nettoertrags	357	171
(3) Berücksichtigung eines Unternehmerlohns	360	172
(4) Beweiserleichterung	360a	173
(5) Ermittlung des Ertrags beim land- und forstwirtschaftlichen Betrieb	360c	174
g) Wert des übertragenen Vermögens	361	174
aa) Bedeutung des Vermögenswerts bei der Typuseinteilung der Finanzverwaltung	361	174
bb) Geänderte Sichtweise des GrS	362	175
cc) Vermögensübergabeverträge nach dem 31.12.2007	367	177

	Rz.	Seite
h) Übergangsregelung für vor dem 1.11.2004 geschlossene Vermögensübergabeverträge (Weiteranwendung des Versorgungsvertrags Typus 2)	373	178
5. Besonderheiten in Einzelfällen	376	178
a) Nachträgliche Umschichtung übertragenen Vermögens	376	178
aa) Rechtslage nach dem BMF-Schreiben vom 23.12.1996	376	178
bb) Abweichende Sichtweise beim X. Senat des BFH	380	179
(1) Begründung des X. Senats	380	179
(2) Kritik an der Entscheidung des X. Senats	383	181
cc) Umsetzung der abweichenden Rechtsprechung durch die Finanzverwaltung durch BMF-Schreiben vom 26.8.2002	396	184
(1) Umschichtung von Privatvermögen aus der Sicht des Vermögensübernehmers	404	186
(2) Umschichtung von Privatvermögen aus der Sicht des Vermögensübergebers	412	189
(3) Umschichtung von Betriebsvermögen aus der Sicht des Vermögensübernehmers	421	192
(4) Umschichtung von Betriebsvermögen aus der Sicht des Vermögensübergebers	431	195
(5) Anwendungszeitraum für das BMF-Schreiben vom 26.8.2002	438	200
dd) Neuregelungen aufgrund der Beschlüsse des Großen Senats im Jahr 2003 (BMF-Schreiben vom 16.9.2004)	446	201
ee) Rechtslage ab 2008	458	205
(1) Vermögensübergabeverträge, die vor dem 1.1.2008 abgeschlossen wurden	458	205
(2) Vermögensübergabeverträge, die nach dem 31.12.2007 abgeschlossen wurden	459	206
b) Teilentgeltliche Vermögensübertragung	461	208
c) Vermögensübertragung unter Nießbrauchsvorbehalt	466	210
aa) Grundsatz	466	210
bb) Sicherungsnießbrauch	467	211
cc) Gleitende Vermögensübergabe	468	211
dd) Ablösung des Nießbrauchsrechts zwecks lastenfrierer Veräußerung	472	214

	Rz.	Seite
ee) Ablösung des Nießbrauchsrechts als eigenständige Vermögensübergabe	476	216
ff) Rechtsfolgen	478	218
d) Versorgungsleistungen aufgrund einer Verfügung von Todes wegen	479	218
aa) Vermögensübergabeverträge, die vor dem 1.1.2008 abgeschlossen wurden	479	218
(1) Einschränkungen gegenüber der vorweggenommenen Erbfolge	479	218
(2) Kritik an der Einschränkung	480	219
(3) Vermächtnisrente an die Geschwister des Erben	482	220
(4) Erb- oder Pflichtteilsverzicht gegen wiederkehrende Leistungen	483	220
bb) Vermögensübergabeverträge, die nach dem 31.12.2007 abgeschlossen werden	484	221
e) Stuttgarter Modell: Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen mit Rückvermietung an den Vermögensübergeber (Verträge vor dem 1.1.2008)	486	221
aa) Kein Gestaltungsmissbrauch	486	221
bb) Späterer Verzicht auf ein Wohnrecht kein Gestaltungsmissbrauch	490	224
cc) Ablösung eines Wohnrechts gegen wiederkehrende Leistungen und Mietvertrag Gestaltungsmissbrauch	492	224
f) Wirtschaftsüberlassungsverträge	496	225
6. Umfang der Versorgungsleistungen und ihre Bewertung	501	226
a) Umfang	501	226
b) Bewertung	502	227
c) Wohnraumüberlassung an den Berechtigten	504	227
d) Außergewöhnliche Instandhaltungskosten	506	228
e) Kosten für ein Grabmal und Beerdigungskosten	509	229
f) Aufteilung der wiederkehrenden Leistungen bei Mitübertragung von nicht begünstigtem Vermögen	511	231
7. Korrespondenzprinzip zwischen § 10 Abs. 1a Nr. 2 EStG und § 22 Nr. 1a EStG	516	232
a) Besteuerung der Versorgungsleistungen beim Empfänger	516	232

	Rz.	Seite
b) Unbeschränkte Steuerpflicht des Empfängers der Versorgungsleistungen	521	233
c) Beschränkte Steuerpflicht des Leistenden der Versorgungsleistungen	523a	235
8. Versorgungsleistungen, die mit Einkünften in Zusammenhang stehen, die bei der Veranlagung außer Betracht bleiben	524	235
9. Maßgeblicher Rechtsakt für die Anwendung des § 10 Abs. 1 Nr. 1a EStG in der Fassung des JStG 2008	525b	237
II. Veräußerung von Privatvermögen gegen wiederkehrende Leistungen	526	238
1. Rechtsentwicklung	526	238
a) Ältere Rechtsprechung	526	238
b) Neuere Rechtsprechung	530	239
c) Auffassung der Finanzverwaltung	532	239
d) Stellungnahme	536	240
2. Allgemeines auf der Basis der aktuellen Rechtslage	541	241
a) Abgrenzung von der unentgeltlichen Vermögensübergabe	541	241
b) Vereinbarung eines vollentgeltlichen Rechtsgeschäfts	542	241
c) Unterscheidung von Betriebsvermögen und Privatvermögen	543	242
3. Einzelheiten der Besteuerung wiederkehrender Veräußerungsleistungen	546	242
a) Abgrenzung vollentgeltlicher und teilentgeltlicher Rechtsgeschäfte	546	242
b) Abgrenzung nicht abziehbarer Unterhaltsleistungen	551	243
c) Aufteilung in einen Zins- und Tilgungsanteil	556	244
d) Berechnung des Kapital- oder Barwerts	561	244
e) Berechnung des Zinsanteils	566	245
aa) Veräußerungsleibrenten	567	245
bb) Dauernde Lasten	568	245
cc) Zeitlich befristete Leistungen	569	246
dd) Mehrbeträge	572	247
f) Behandlung der wiederkehrenden Leistungen beim Verpflichteten	576	247
aa) Tilgungsanteil als Anschaffungskosten	576	247
bb) Zinsanteil als Werbungskosten	578	248

	Rz.	Seite
cc) Nicht abziehbare Kosten der privaten Lebensführung	579	248
g) Behandlung der wiederkehrenden Leistungen beim Berechtigten	586	248
aa) Tilgungsanteil als Veräußerungserlös	586	248
bb) Zinsanteil als Kapitaleinkünfte oder als sonstige Einkünfte	588	249
h) Veräußerung gegen Ratenzahlungen	601	251

TEIL C: BETRIEBLICHE WIEDERKEHRENDE BEZÜGE

I. Veräußerung von Betriebsvermögen gegen wiederkehrende Bezüge	611	253
1. Allgemeines	611	253
2. Betriebliche Veräußerungsrenten auf Lebenszeit	616	254
a) Begriff der betrieblichen Veräußerungsrente auf Lebenszeit	616	254
aa) Grundsatz	616	254
bb) Merkmal der Veräußerung	617	254
cc) Veräußerungsgegenstände	623	257
dd) Betriebliche Veräußerungsrente beim Rentenverpflichteten (Erwerber)	625	258
b) Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerungsleibrente beim Rentenberechtigten im Falle der Ermittlung des laufenden Gewinns nach § 5 EStG	631	259
aa) Grundsatz	631	259
bb) Rechtsentwicklung	633	260
(1) Frühere Verwaltungspraxis: Nachträgliche Versteuerung des Veräußerungsgewinns (Zuflussversteuerung)	633	260
(2) Sofortige Versteuerung des Veräußerungsgewinns	634	261
cc) Aktuelle steuerliche Behandlung im Grundsatz: Wahlrecht zwischen nachträglicher und sofortiger Versteuerung des Veräußerungsgewinns	635	261

	Rz.	Seite
dd) Aufteilung der Rentenzahlungen in einen Zins- und Tilgungsanteil bei Wahl der nachträglichen Versteuerung	639	262
ee) Versteuerung des Zins-/Ertragsanteils nach § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG bei Wahl der Sofortversteuerung	645	264
ff) Ausübung des Wahlrechts	647	265
gg) Ermittlung der Einkünfte und Tarifiermäßigung im Falle der sofortigen Versteuerung	649	265
hh) Ermittlung der Einkünfte und Tarif bei nachträglicher Versteuerung (Zuflussbesteuerung)	650	266
ii) Beispiele zu steuerlicher Behandlung	653	267
jj) Veräußerung von Teilbetrieben, Anteilen an Mitunternehmerschaften und einzelnen Wirtschaftsgütern	654	268
kk) Veräußerung von Grundstücken, die teilweise zum Betriebsvermögen und teilweise zum Privatvermögen gehören	658	269
ll) Steuerliche Folgen bei vorzeitigem Ableben des Rentenberechtigten	659	270
(1) Sofortige Versteuerung	659	270
(2) Zuflussbesteuerung	661	270
c) Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerungsleibrente beim Rentenverpflichteten im Falle der Ermittlung des laufenden Gewinns nach § 5 EStG	671	271
aa) Fragen der Aktivierung	671	271
bb) Fragen der Passivierung und Ermittlung des Aufwands	678	274
cc) Weiterveräußerung, Aufgabe oder Verpachtung des durch eine betriebliche Veräußerungsrente erworbenen Betriebs	686	276
dd) Anwendung der buchhalterischen Methode	692	277
ee) Unterlassen der Aktivierung und Passivierung	693	278
d) Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerung bei Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 EStG	702	279
aa) Behandlung beim Rentenempfänger	702	279
bb) Behandlung der Rente beim Rentenverpflichteten	706	279

	Rz.	Seite
e) Steuerliche Behandlung der betrieblichen Veräußerungsleibrente im Falle der Ermittlung des laufenden Gewinns nach § 4 Abs. 3 EStG	714	280
aa) Besteuerung der Rente beim Rentenberechtigten	714	280
bb) Behandlung der Rente beim Rentenverpflichteten	723	281
f) Vereinbarung des Veräußerungsentgelts in Form einer Rente neben einem fest bestimmten Kaufpreisteil	736	284
aa) Besteuerung beim Rentenberechtigten	736	284
(1) Wahl der Zuflussbesteuerung	737	285
(a) Fester Kaufpreisteil ist geringer als das Kapitalkonto	737	285
(b) Festes Entgelt ist höher als das Kapitalkonto	738	285
(2) Wahl der Sofortbesteuerung	741	286
bb) Steuerliche Behandlung beim Rentenverpflichteten	744	287
g) Veräußerung einzelner zum Betriebsvermögen gehörender Wirtschaftsgüter gegen eine Rente	751	287
aa) Besteuerung der Rente beim Rentenberechtigten	751	287
(1) Veräußerung eines einzelnen Wirtschaftsguts	751	287
(2) Veräußerung mehrerer Grundstücke/Gewerblicher Grundstückshandel	756	289
bb) Behandlung der Rente beim Rentenverpflichteten	757	290
h) Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften i. S. d. § 17 EStG gegen eine Leibrente	766	291
aa) Grundsatz	766	291
bb) Besteuerung der Rente beim Rentenberechtigten	767	291
cc) Steuerliche Behandlung beim Rentenverpflichteten	771	292
i) Betriebliche Veräußerungsrenten als abgekürzte oder verlängerte Leibrenten	781	294
j) Änderungen in der Höhe der jährlichen Rentenzahlungen	786	295
aa) Vereinbarungen im Zeitpunkt der Veräußerung über die später wirksam werdende Erhöhung oder Herabsetzung der Rente (ausgenommen Wertsicherungsklauseln)	786	295
bb) Vereinbarung einer Wertsicherungsklausel	789	295
(1) Behandlung beim Rentenberechtigten	789	295

	Rz.	Seite
(2) Behandlung beim Rentenverpflichteten	791	296
(3) Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG	794	297
cc) Erhöhung der betrieblichen Veräußerungsrente durch spätere Vereinbarungen	796	298
(1) Behandlung beim Rentenberechtigten	797	298
(2) Behandlung beim Rentenverpflichteten	798	298
dd) Herabsetzung der betrieblichen Veräußerungsrente durch spätere Vereinbarungen	800	299
(1) Behandlung beim Rentenberechtigten	800	299
(2) Behandlung beim Rentenverpflichteten	801	300
(3) Folgen bei Ausgleichszahlungen	803	300
ee) Herabsetzung der betrieblichen Veräußerungsrente durch Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen	805	301
k) Ablösung der Rentenverpflichtung durch eine Abfindungszahlung	811	302
aa) Behandlung beim Rentenberechtigten	811	302
bb) Behandlung beim Rentenverpflichteten	816	303
l) Wegfall des Veräußerungsvertrags	819	304
m) Uneinbringlichkeit einzelner Rentenzahlungen	821	304
3. Betriebliche Veräußerungsrenten auf Zeit	826	305
a) Vorbemerkung	826	305
b) Begriff der betrieblichen Veräußerungsrente auf Zeit – Abgrenzung zu Kaufpreistraten	828	306
c) Steuerliche Behandlung beim Berechtigten im Falle der betrieblichen Veräußerungsrente auf Zeit	836	308
aa) Veräußerung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils	836	308
(1) Wahlrecht zwischen sofortiger und nachträglicher Versteuerung	836	308
(2) Nachträgliche Versteuerung	839	309
(3) Sofortversteuerung	841	309
bb) Veräußerung einer Beteiligung i. S. d. § 17 EStG	842	309
cc) Veräußerung eines einzelnen Wirtschaftsguts	843	309
d) Steuerliche Behandlung beim Rentenverpflichteten im Falle der betrieblichen Veräußerungsrente auf Zeit	844	309
4. Betriebsveräußerung gegen Kaufpreistraten	851	310
a) Steuerliche Behandlung beim Berechtigten	851	310

	Rz.	Seite
aa) Ermittlung des Veräußerungsgewinns im Allgemeinen und Versteuerung der Zinsen	851	310
bb) Unverzinslichkeit und zu geringe Verzinsung des Kaufpreises	854	311
cc) Kaufpreisforderung in ausländischer Währung	860	314
dd) Wertsicherungsklausel	861	314
ee) Wegfall des Veräußerungsvertrages und Minderung der Kaufpreistraten	862	315
ff) Uneinbringlichkeit der Kaufpreistraten	863	315
gg) Umdeutung von verlängerten Leibrenten in Kaufpreistraten	864	315
b) Steuerliche Behandlung beim Verpflichteten	865	316
5. Veräußerung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils gegen andere laufende Bezüge als Renten	871	317
a) Allgemeine Grundsätze	871	317
b) Besteuerung der laufenden Bezüge in Form einer Gewinn- oder Umsatzbeteiligung beim Berechtigten	878	319
c) Behandlung der Gewinn- oder Umsatzbeteiligung beim Verpflichteten	886	320
aa) Passivierung der Gewinn- oder Umsatzbeteiligung und Aktivierung der erworbenen Wirtschaftsgüter	886	320
bb) Behandlung der jährlichen Gewinn- oder Umsatzbeteiligungszahlungen	892	323
II. Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge geringer oder höher als der Wert des übertragenen Betriebs	901	325
1. Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge geringer als der Wert des übertragenen Betriebs	901	325
a) Grundsatz	901	325
b) Wiederkehrende Bezüge als teilentgeltlicher Veräußerungspreis	903	325
c) Vereinbarung des „Teilentgelts“ aus Versorgungsgründen	904	326
d) Vereinbarung des „Teilentgelts“ aus Unterhaltsgründen	905	326
2. Barwert der betrieblichen wiederkehrenden Bezüge höher als der Wert des übertragenen Betriebs	906	326

	Rz.	Seite
III. Betriebliche Versorgungsrenten	921	327
1. Begriff der betrieblichen Versorgungsrente	921	327
a) Grundsatz	921	327
b) Versorgungszweck	923	328
c) Versorgung aus betrieblichem Anlass	933	332
d) Gegenstände der Leistung des Rentenberechtigten bei der betrieblichen Versorgungsrente und Charakter dieser Leistungen	937	334
2. Abgrenzung der betrieblichen Versorgungsrente von der außerbetrieblichen Versorgungsrente	946	335
a) Renten zwischen Eltern und Kindern	946	335
aa) Grundsatz	946	335
bb) Vermutung einer außerbetrieblichen oder betrieblichen Versorgungsrente	948	336
cc) Bedeutung des Werts des übertragenen Vermögens	953	338
b) Renten an andere nahe Angehörige	958	339
c) Renten in Nachlassfällen	963	339
d) Familienpersonengesellschaften	964	340
e) Beispiel zur Abgrenzung der betrieblichen Versorgungsrente von anderen Renten	966	340
3. Behandlung der betrieblichen Versorgungsrente beim Berechtigten	971	341
a) Grundsatz	971	341
b) Versteuerung der Rente sofort oder erst nach Übersteigen des Kapitalkontos?	972	342
c) Erwerb des Betriebsvermögens eine gemischte Schenkung?	974	343
d) Zahlung einer Abfindung	975	343
e) Aufteilung in einen Zins- und Tilgungsanteil?	977	344
f) Vorzeitiges Versterben des Berechtigten	978	344
g) Kosten bei der Übertragung des Betriebs	979	344
h) Steuerlicher Verlust in Höhe des Kapitalkontos	980	345
i) Veräußerung oder Aufgabe des Betriebs durch den Verpflichteten	981	345
j) Beispiele zur steuerlichen Behandlung	982	345
4. Behandlung der betrieblichen Versorgungsrente beim Verpflichteten	986	345
a) Aktivierung der übernommenen Wirtschaftsgüter	986	345

	Rz.	Seite
b) Gewinn in Höhe des Kapitalkontos?	988	346
c) Abzugsfähigkeit der jährlichen Rentenzahlungen und Passivierung der Rentenverbindlichkeit	989	347
aa) Jährliche Rentenzahlungen Betriebsausgaben	989	347
bb) Vorabvergütungen	990	347
cc) Passivierung der Rentenverbindlichkeit	993	348
d) Veräußerung oder Aufgabe des Betriebs	995	349
e) Beispiele zur Behandlung der betrieblichen Versorgungsrente beim Berechtigten und Verpflichteten	997	350
5. Abfindung der betrieblichen Versorgungsrente	1001	351
6. Betriebsveräußerung und zusätzliche Vereinbarung einer Rente aus Versorgungsgründen	1006	351
7. Abkürzung der Versorgungsleistungen auf eine bestimmte Höchstlaufzeit	1016	353
8. Bindung an die steuerlich fehlerhafte Behandlung einer Rente als betriebliche Veräußerungsrente, betriebliche Versorgungsrente oder außerbetriebliche Versorgungsrente?	1021	354
IV. Laufende Bezüge, die keine Renten sind und aus Versorgungsgründen gezahlt werden	1031	355
V. Renten und Gewinn- oder Umsatzbeteiligungen an lästige Gesellschafter	1041	357
1. Renten an lästige Gesellschafter	1041	357
a) Grundsatz	1041	357
b) Abfindung für das Ausscheiden in Rentenform	1042	357
c) Entgelt für die Übertragung des Mitunternehmeranteils in Rentenform	1045	358
d) Beispiel	1047	359
2. Gewinn- oder Umsatzbeteiligung an lästige Gesellschafter	1048	359
a) Behandlung beim lästigen Gesellschafter	1048	359
b) Behandlung bei den verbleibenden Gesellschaftern	1049	360
VI. Betriebliche wiederkehrende Bezüge ohne Veräußerungs- und Versorgungscharakter	1056	360
1. Betriebliche Renten oder andere betriebliche wiederkehrende Bezüge aufgrund einer Dienstleistung oder aufgrund anderer Leistungen, ohne dass ein Betrieb (Anteil) übertragen wird	1056	360

	Rz.	Seite
2. Betriebliche Schadensrenten	1059	361
a) Begriff und Fälle der betrieblichen Schadensrenten	1059	361
b) Einkommensteuerliche Behandlung betrieblicher Schadensrenten	1064	363
aa) Behandlung beim Rentenberechtigten	1064	363
bb) Behandlung beim Rentenverpflichteten	1068	364
cc) Beispiel	1072	365
3. Betriebliche wiederkehrende Bezüge, die keine Renten sind, aufgrund einer Schadensersatzverpflichtung	1073	366
4. Betriebliche Unfallrenten	1074	366
VII. Steuerliche Behandlung laufender Bezüge mit betrieblichem Charakter im Falle beschränkter Steuerpflicht und Steuerpflicht gem. § 2 Außensteuergesetz	1086	367
1. Beschränkte Steuerpflicht des Empfängers laufender betrieblicher Bezüge	1086	367
2. Beschränkte Steuerpflicht des Verpflichteten	1089	368
3. Steuerpflicht gem. § 2 Außensteuergesetz	1090	368

TEIL D: BESTEUERUNG VON ALTERSBEZÜGEN

I. Allgemeines	1101	369
1. Ausgangspunkt für die Reform der Besteuerung von Altersbezügen	1101	369
2. Einteilung der Altersversorgung in ein sog. Drei-Schichten-Modell	1111	371
II. Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Altersbezüge aus der Basisversorgung	1121	372
1. Behandlung der Beiträge in der Ansparphase	1121	372
a) Definition der Basisversorgung	1121	372
b) Begünstigte Beiträge für den Sonderausgabenabzug nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a und b EStG	1126	374
aa) Beiträge zu den gesetzlichen Rentenversicherungen	1126	374
bb) Beiträge zur Alterssicherung der Landwirte	1136	378
cc) Beiträge an berufsständische Versorgungseinrichtungen	1141	379

	Rz.	Seite
dd) Beiträge zum Aufbau einer eigenen kapitalgedeckten Altersversorgung der Basisversorgung	1149	383
(1) Sonderausgabenabzug nur für Neuverträge nach dem 31.12.2004	1150	384
(2) Eigene Altersabsicherung	1158	387
(3) Form der Beitragszahlung	1159	388
(4) Lebenslange Leibrente	1160	388
(5) Ergänzende Risikoabsicherung	1163	390
(6) Begünstigte Hinterbliebene	1171	392
(7) Einschränkende Produktvoraussetzungen	1177	393
(8) Absicherung gegen den Eintritt der Berufsunfähigkeit oder der verminderten Erwerbsfähigkeit	1184	398
(9) Beiträge an einen Pensionsfonds	1187	399
(10) Einbeziehung der betrieblichen Altersversorgung in die Basisversorgung	1189	400
(11) Ausschluss der Beiträge, die in Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen stehen	1193	401
c) Ermittlung des Abzugsbetrags nach § 10 Abs. 3 EStG	1196	405
aa) Höchstbetrag – Übergangsregelung bis 2025	1196	405
bb) Kürzung des Höchstbetrags nach § 10 Abs. 3 Satz 3 EStG	1199	408
(1) Allgemeines	1199	408
(2) Kürzung beim Personenkreis des § 10 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 Buchst. a EStG	1204	410
(3) Kürzung beim Personenkreis des § 10 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 Buchst. b EStG	1207	411
(4) Kürzung beim Abgeordneten	1222	414
cc) Kürzung des ermittelten Abzugsbetrags um steuerfreie Arbeitgeberleistungen i. S. d. § 3 Nr. 62 EStG	1226	414
dd) Kürzung bei zusammenveranlagten Ehegatten/Lebenspartnern	1229	416
2. Behandlung der Altersbezüge	1235	419
a) Allgemeines	1235	419
aa) Wechsel zu einer nachgelagerten Besteuerung	1235	419
bb) Erneute verfassungsrechtliche Bedenken	1242	421

	Rz.	Seite
b) Erfasste Leistungen	1251	451
aa) Gesetzliche Rentenversicherungen	1251	451
(1) Allgemeines	1251	451
(2) Erwerbsminderungsrenten	1255	454
(3) Rentennachzahlungen	1257	455
(4) Alterseinkünfte von ausländischen Versorgungseinrichtungen	1258	455
bb) Landwirtschaftliche Alterskasse	1265	459
cc) Berufsständische Versorgungseinrichtungen	1266	459
(1) Wortlautdiskrepanz zwischen Sonderausgabenabzug und Besteuerung	1266	459
(2) Unselbständige Rentenbestandteile	1268	460
(3) Beitragserrstattungen	1269	460
(4) Kapitalauszahlungen	1271	463
dd) Basisrente (Altersversorgung und ergänzende oder eigenständige Risikoabsicherung)	1279	467
c) Ermittlung des Besteuerungsanteils	1291	469
aa) Jahresbetrag der Rente	1291	469
bb) Bestimmung des Prozentsatzes	1298	470
d) Ermittlung des steuerfreien Teils der Rente	1311	472
aa) Grundsätze	1311	472
bb) Regelmäßige Rentenanpassungen	1317	474
cc) Änderung der Rentenhöhe aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen	1321	477
e) Aufeinanderfolgende Renten aus der gleichen Versicherung	1336	485
f) Öffnungsklausel für Leistungen aus den berufsständischen Versorgungseinrichtungen und für Höherversicherungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung	1346	488
aa) Hintergrund der gesetzlichen Regelung	1346	488
bb) Antrag des Steuerpflichtigen	1351	490
cc) 10-Jahres-Grenze	1352	492
dd) Bis zum 31.12.2004 geleistete Beiträge oberhalb des maßgebenden Höchstbeitrags	1355	493
(1) Maßgeblicher Höchstbeitrag	1355	493
(2) Ermittlung der eingezahlten Beiträge	1359	494
(3) Nachweis der gezahlten Beiträge	1364	497

	Rz.	Seite
(4) Beiträge an mehr als einen Versorgungsträger	1367	498
ee) Ermittlung des auf Beiträgen oberhalb des Betrags des Höchstbeitrags beruhenden Teils der Leistung	1372	500
ff) Besteuerungslücke bei einmaligen Leistungen	1376	501
gg) Versorgungsausgleich unter Ehegatten oder unter Lebenspartnern	1377	502
III. Steuerliche Behandlung der Beiträge und der Leistungen aus Verträgen außerhalb der Basisversorgung und außerhalb von Riester-Verträgen	1391	504
1. Behandlung von Versicherungsbeiträgen in der Ansparphase	1391	504
a) Allgemeines	1391	504
b) Begünstigte Vorsorgeaufwendungen	1396	505
aa) Bis VZ 2009	1396	505
bb) Ab VZ 2010	1404	507
c) Ermittlung des Abzugsbetrags nach § 10 Abs. 4 EStG	1406	513
aa) Bis Veranlagungszeitraum 2009	1406	513
bb) Ab Veranlagungszeitraum 2010	1415a	517
2. Behandlung der (Alters-)Bezüge und sonstigen Leistungen	1416	519
a) Renteneinkünfte	1416	519
aa) Allgemeines	1416	519
bb) Begriff der Leibrente	1418	522
(1) Bedeutung des Leibrentenbegriffs	1418	522
(2) Entwicklung des Leibrentenbegriffs	1419	523
(3) Abhängigkeit von der Lebensdauer als Leibrentenmerkmal	1424	524
(4) Gleichmäßigkeit der Leistungen als Leibrentenmerkmal	1436	526
cc) Ertragsanteilsbesteuerung	1446	529
(1) Allgemeines	1446	529
(2) Grundzüge der Ermittlung des Ertragsanteils	1448	531
(3) Renten, deren Laufzeit vor dem 1.1.1955 begonnen hat	1452	532
(4) Abhängigkeit der Laufzeit von der Lebensdauer mehrerer Personen	1453	532
(5) Abhängigkeit des Rentenbeginns von der Lebensdauer einer anderen Person	1455	533

	Rz.	Seite
(6) Abgekürzte Leibrenten	1457	534
(7) Verlängerte Leibrenten	1460	535
(8) Verbindung von Mindestlaufzeit und Höchstlaufzeit	1461	536
(9) Unterbrochene Leibrentenzahlung	1463	537
(10) Erhöhung der Leibrente	1466	538
(11) Herabsetzung der Leibrente	1469	540
(12) Zurechnungsfiktion im Sterbemonat	1472	543
b) Kapitalauszahlungen	1481	543
aa) Allgemeines	1481	543
bb) Weitergeltung des Kapitallebensversicherungsprivilegs für Altverträge	1486	544
(1) Allgemeines	1486	544
(2) Altvertrag	1489	545
(3) Vertragsänderungen	1491	546
(4) Wechsel des Versicherungsnehmers	1493	547
(5) Wechsel der versicherten Person	1495	548
(6) Beitragsdynamisierungen	1496	549
(7) Besteuerung eines Altvertrags	1500	551
cc) Konkurrenz zwischen § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG und § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb EStG für Neuverträge	1506	552
(1) Kapitalversicherungen mit Sparanteil	1506	552
(2) Definition einer Rentenversicherung	1507a	554
(3) Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht	1508	556
(4) Rentenversicherung ohne Kapitalwahlrecht	1519	561
(5) Fondsgebundene Kapitallebensversicherun- gen und fondsgebundene Rentenversicherungen	1522	563
(6) Reine Risikoversicherungen	1523	564
(7) Absicherung von Zusatzrisiken	1524	565
(8) Veräußerung von Ansprüchen aus Lebensversicherungen	1528	566
dd) Besteuerung des Unterschiedsbetrags nach § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG	1529a	567
(1) Erlebensfall oder Rückkauf des Vertrages	1530	568
(2) Zurechnung der Einkünfte nach § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG	1536	570

	Rz.	Seite
(3) Berechnung des Unterschiedsbetrags	1542	571
(a) Versicherungsleistung	1543	571
(b) Entrichtete Beiträge	1547	573
(c) Entgeltlich erworbener Vertrag	1556	576
(4) Hälftiger Unterschiedsbetrag	1557	577
(5) Negativer Unterschiedsbetrag	1564	581
(6) Ermittlung des steuerpflichtigen Ertrags bei Mischverträgen (Altvertrag mit Vertragsänderung nach dem 31.12.2004)	1566	582
(7) Berücksichtigung von Werbungskosten	1568	583
(8) Kapitalertragsteuerabzug	1572	584
c) Auszahlungen aus Fonds- und Banksparplänen	1581	585
IV. Wirkungen der Günstigerprüfung nach § 10 Abs. 4a EStG	1591	586
1. Allgemeines	1591	586
2. Beispiel zur Günstigerprüfung	1601	590
V. Besteuerung nach § 22 Nr. 5 EStG (Riester-Renten)	1621	592
1. Allgemeines	1621	592
a) Gegenstand der Regelung	1621	592
b) Entstehung und Entwicklung	1629	594
c) Struktur der Vorschrift	1646	603
d) § 22 Nr. 5 EStG im Besteuerungssystem	1651	605
aa) Lex specialis	1651	605
bb) Einkünfteermittlung	1658	606
(1) Zufluss	1658	606
(2) Werbungskosten	1666	607
2. Steuerliche Behandlung der Beiträge in der Ansparphase	1669	608
a) „Riester-Förderung“ (§ 10a EStG/Abschn. XI)	1670	608
aa) Allgemeines	1670	608
bb) Förderberechtigung	1673	610
cc) Altersvorsorgebeiträge	1686	616
(1) Allgemeines	1686	616
(2) Altersvorsorgebeiträge nach § 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG	1696	618
(3) Altersvorsorgebeiträge nach § 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EStG (Wohn-Riester)	1718	623
(4) Potenzielle Anbieter von Altersvorsorgeverträgen nach § 82 Abs. 1 EStG	1724	625

	Rz.	Seite
(5) Beiträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung	1731	627
dd) Förderwege	1735	630
(1) Altersvorsorgezulage	1736	630
(2) Sonderausgabenabzug nach § 10a EStG	1754	638
(3) Tilgungsförderung	1772	648
(4) Altersvorsorge-Eigenheimbetrag	1781	650
(5) Wohnförderkonto	1797	658
ee) Schädliche Verwendung	1805	660
(1) Allgemeines	1805	660
(2) Rahmenbedingungen für eine steuerunschädliche Auszahlung von gefördertem Altersvorsorgekapital	1811	662
(3) Rechtsfolgen einer schädlichen Verwendung von Altersvorsorgevermögen	1812	664
(4) Rechtsfolgen einer schädlichen Verwendung beim Altersvorsorge-Eigenheimbetrag und der Tilgungsförderung	1819	666
ff) Sonstiges	1829	669
(1) Wegzug ins Ausland	1829	669
(2) Sonderfall Entsendung	1831	670
(3) Förderverfahren	1832	671
b) Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 EStG	1839	673
c) Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63a EStG	1846	675
d) Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 66 EStG	1848	676
e) Steuerfreie Zuwendungen nach § 3 Nr. 56 EStG	1850	677
f) Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 55b EStG	1852	678
g) Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 55c EStG	1856	681
h) BAV-Förderbetrag (Abschn. XII EStG)	1858	683
3. Steuerliche Behandlung der Leistungen in der Auszahlungsphase	1868	688
a) Allgemeines	1868	688
b) Leistungen aus Sparprodukten (§ 22 Nr. 5 Sätze 1 bis 3 EStG)	1875	691
aa) Erfasste Altersvorsorgeprodukte	1875	691
(1) Altersvorsorgevertrag	1876	691
(2) Pensionsfonds	1879	692
(3) Pensionskasse	1880	693
(4) Direktversicherung	1882	693

	Rz.	Seite
(5) Sonstiges	1884	694
bb) Erfasste Leistungen	1885	694
cc) Steuerliche Förderung	1887	695
(1) Anwendung des § 3 Nr. 63 EStG	1889	696
(2) Anwendung des § 3 Nr. 63a EStG	1891	696
(3) Anwendung § 10a/Abschn. XI EStG	1892	696
(4) Anwendung Abschn. XII EStG	1899	700
(5) Anwendung des § 3 Nr. 55b Satz 1 EStG	1900	700
(6) Anwendung des § 3 Nr. 55c EStG	1902	701
(7) Anwendung des § 3 Nr. 66 EStG	1903	701
(8) Anwendung des § 3 Nr. 56 EStG	1904	702
dd) Leistungen, die ausschließlich auf geförderten Altersvorsorgebeiträgen beruhen (§ 22 Nr. 5 Satz 1 EStG)	1905	702
ee) Leistungen, die ausschließlich auf nicht geförderten Altersvorsorgebeiträgen beruhen (§ 22 Nr. 5 Satz 2 EStG)	1906	703
ff) Leistungen, die zum Teil auf geförderten, zum Teil auf nicht geförderten Altersvorsorgebeiträgen beruhen (§ 22 Nr. 5 Satz 1 und 2 EStG)	1907	704
(1) Betriebliche Altersversorgung	1908	704
(2) Zertifizierte Altersvorsorgeverträge	1911	707
gg) Anwendung des § 22 Nr. 5 Satz 3 EStG	1915	709
c) Wohnförderkonto (§ 22 Nr. 5 Satz 4 bis 6 EStG)	1919	713
aa) Allgemeines	1919	713
bb) Besteuerung nach § 22 Nr. 5 Satz 4 EStG	1934	719
cc) Besteuerung nach § 22 Nr. 5 Satz 5 EStG	1938	720
dd) Besteuerung nach § 22 Nr. 5 Satz 6 EStG	1944	720
ee) Zusammenfassende Beispiele	1945	721
d) Provisionserstattungen bei geförderten Altersvorsorgeverträgen (§ 22 Nr. 5 Satz 8 EStG)	1947	726
e) Bescheinigungspflichten (§ 22 Nr. 5 Satz 7 EStG)	1956	727
f) Sonderfälle	1978	731
aa) Versorgungsausgleich (§ 22 Nr. 5 Satz 9 und 12 EStG)	1978	731
bb) Kapitalübertragungen (§ 22 Nr. 5 Satz 10 EStG)	1980	732
cc) Übertragung einer Versorgungszusage auf einen Pensionsfonds (§ 22 Nr. 5 Satz 11 EStG)	1981	732

	Rz.	Seite
dd) Riester-Kleinbetragsrentenabfindungen (§ 22 Nr. 5 Satz 13 EStG)	1982	733
ee) Vergleichbare Förderungen in Auslandsfällen (§ 22 Nr. 5 Satz 14 EStG)	1987	735
ff) Vermeidung einer doppelten Freistellung bei Fonds (§ 22 Nr. 5 Satz 15 EStG)	1988	735
gg) Vereinfachte Zurechnung der im Sterbemonat gezahlten Altersleistungen (§ 22 Nr. 5 Satz 16 EStG)	1989	736
VI. Besteuerung von Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung		
Altersversorgung	1991	737
1. Abgrenzung der unterschiedlichen Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung	1991	737
a) Direktzusage	1992	737
b) Unterstützungskassenzusage	1998	738
c) Pensionskasse	2004	739
d) Pensionsfonds	2009	740
e) Direktversicherung	2014	741
2. Allgemeine Anforderungen an die Anerkennung betrieblicher Altersversorgung	2026	742
3. Finanzierungsformen der betrieblichen Altersversorgung	2041	747
a) Arbeitgeberfinanzierung	2041	747
b) Entgeltumwandlung	2042	747
aa) Voraussetzungen	2042	747
bb) Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung	2047	748
c) Eigenbeiträge	2051	750
4. Gemeinsame Anforderungen für die Inanspruchnahme der Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 EStG bei den externen Durchführungswegen	2061	750
a) Allgemeines	2061	750
b) Begünstigte Auszahlungsformen für die Steuerfreiheit	2065	754
c) Keine Steuerfreiheit bei umlagefinanzierten Versorgungseinrichtungen	2073	758
d) Keine Steuerfreiheit bei Durchschnittsfinanzierung	2075	759
e) Beiträge an ausländische Pensionsfonds, ausländische Pensionskassen und – bei Direktversicherungen – an ausländische Versicherungsunternehmen	2076	760
f) Steuerfreistellungsvolumen des § 3 Nr. 63 EStG	2080	765
aa) 8 %-Grenze (bis 31.12.2017: 4 %-Grenze)	2080	765

	Rz.	Seite
bb) Bis 31.12.2017: Zusätzlicher Höchstbetrag von 1 800 € für Neuzusagen	2086	767
cc) Vervielfältigungsregelung bei Beendigung des Dienstverhältnisses	2088	768
dd) Zusätzliches steuerfreies Dotierungsvolumen bei ruhendem Dienstverhältnis (seit 1.1.2018)	2092	770
5. Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG a. F.	2101	770
a) Abgrenzung Alt-/Neuzusage	2102	771
b) Übertragung von Direktversicherungen oder von Versicherungen einer Pensionskasse im Fall des Arbeitgeberwechsels	2116	774
6. Weiteranwendung der Pauschalversteuerung (Direktversicherung oder eine Pensionskasse)	2126	775
a) Direktversicherungen	2130	776
b) Pensionskassen	2131	777
c) Pensionsfonds	2133	778
7. Beibehaltung der Pauschalbesteuerung nach § 40b EStG für umlagefinanzierte Pensionskassen	2141	778
8. Verzicht auf die Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 Satz 2 EStG zugunsten der Förderung nach § 10a und Abschn. XI EStG bei Entgeltumwandlung	2146	779
9. Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 56 EStG für Umlagen	2151	781
10. Steuerliche Behandlung der Betriebsrenten und anderen Leistungen aus einer Direktzusage oder einer Unterstützungskassenzusage	2156	783
a) Ansparphase	2156	783
b) Auszahlungsphase	2157	783
11. Steuerliche Behandlung der Leistungen aus den externen Durchführungswegen	2161	783
a) Ansparphase	2161	783
aa) Kapitalgedeckte Pensionskassen	2161	783
(1) Zusagen mit Pauschalversteuerung vor dem 1.1.2018	2161	783
(2) Zusagen ohne Pauschalversteuerung vor dem 1.1.2018	2164	784
bb) Pensionsfonds	2171	784
cc) Direktversicherungen	2181	784
(1) Zusagen mit Pauschalversteuerung vor dem 1.1.2018	2181	784

	Rz.	Seite
(2) Zusagen ohne Pauschalversteuerung vor dem 1.1.2018	2184	785
dd) Umlagefinanzierte Pensionskassen	2190	785
b) Auszahlungsphase	2191	785
aa) Allgemeines	2191	785
bb) Leistungen, die ausschließlich auf nicht geförderten Beiträgen beruhen	2196	786
cc) Leistungen, die ausschließlich auf geförderten Beiträgen beruhen	2205	788
dd) Leistungen, die auf geförderten und nicht geförderten Beiträgen beruhen	2206	789
ee) Leistungen aus umlagefinanzierten Versorgungseinrichtungen	2209	790
12. Auswirkungen der Portabilität (Mitnahme betrieblicher Versorgungsanwartschaften) auf die Besteuerung der Leistungen	2216	791
a) Arbeitsrechtliche Übertragungsmöglichkeiten	2216	791
b) Steuerfreiheit des Übertragungswerts	2221	793
aa) Übertragung von externem zu externem Versorgungsträger	2221	793
bb) Übertragung von einem internen zu einem internen Durchführungsweg	2222	794
cc) Übertragung von einem internen Durchführungsweg auf einen externen Versorgungsträger oder umgekehrt	2223	794
c) Steuerliche Behandlung der (Versorgungs-)Leistungen	2231	795
aa) Übertragung von externem zu externem Versorgungsträger	2231	795
bb) Übertragung von einem internen zu einem internen Durchführungsweg	2232	796
cc) Übertragung von einem internen Durchführungsweg auf einen externen Versorgungsträger oder umgekehrt	2233	796
13. Auswirkungen auf die Besteuerung der Leistungen bei Übertragung einer Versorgungszusage auf einen Pensionsfonds	2241	797
VII. Steuerliche Behandlung der Versorgungsbezüge	2261	801
1. Steuerliche Behandlung in der Ansparphase	2261	801
2. Steuerliche Behandlung in der Auszahlungsphase	2262	801

	Rz.	Seite
a) Allgemeines	2262	801
b) Berechnung des Versorgungsfreibetrags und des Zuschlags	2270	803
c) Zeiteilige Gewährung von Versorgungsfreibetrag und Zuschlag	2276	806
d) Mehrere Versorgungsbezüge mit unterschiedlichem Bezugsbeginn	2278	807
e) Neuberechnung der Freibeträge für Versorgungsbezüge	2280	809
f) Hinterbliebenenbezüge und Sterbegeldzahlungen	2282	812
g) Abfindung eines Versorgungsbezugs	2285	814
3. Angepasste Übertragung der Abschmelzregelung auf Abgeordnetenbezüge	2291	815
4. Berechnung und Aufteilung des Versorgungsfreibetrags bei Versorgungsbezügen aus unterschiedlichen Einkunftsarten	2292	815
VIII. Erstellung und Auswertung von Rentenbezugsmitteilungen nach § 22a EStG	2301	816
1. Grundsätze	2301	816
2. Rentenbezugsmitteilung und Öffnungsklausel in § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb Satz 2 EStG	2311	819
3. Zuordnung der Leistungen zum Bescheinigungsjahr	2316	819
4. Regelmäßige Rentenanpassungen	2321	820
5. Zeitpunkt des Beginns und Ende des Leistungsbezugs	2326	820
6. Identifikationsnummer	2331	821
7. Verspätungsgeld	2333	821
IX. Tarifiermäßigung	2336	822
X. Besteuerung von Alterseinkünften bei beschränkter Steuerpflicht	2341	824
1. Rechtslage bis 2004	2341	824
2. Rechtslage ab 2005	2342	824

TEILE: BESTEUERUNG DER ÜBRIGEN WIEDERKEHRENDEN BEZÜGE

i. Schadensersatz- und Schmerzensgeldrenten	2361	827
1. Allgemeines	2361	827
2. Schadensersatzleistungen wegen Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit	2362	827

	Rz.	Seite
3. Schadensersatzleistungen an Unterhaltsberechtigte oder Dienstleistungsberechtigte	2371	829
4. Schadensersatzleistungen wegen Vermehrung der Bedürfnisse oder als Schmerzensgeld	2376	831
5. Zusammentreffen verschiedener Arten von Schadensersatzleistungen	2381	832
6. Steuerliche Wirkung beim Verpflichteten	2382	832
II. Versorgungsausgleich nach Scheidung der Ehe	2386	833
1. Allgemeines	2386	833
2. Wertausgleich bei Scheidung	2388	834
a) Allgemeines	2388	834
b) Interne Teilung	2391	836
aa) Zivilrechtliche Grundlagen	2391	836
(1) Durchführung der internen Teilung	2391	836
(2) Rechtsfolgen der internen Teilung	2393	836
bb) Steuerrechtliche Folgewirkungen	2396	837
(1) Steuerfreiheit der Übertragung	2396	837
(2) Besteuerung der späteren Leistungen	2397	838
c) Externe Teilung	2405	842
aa) Zivilrechtliche Grundlagen	2405	842
(1) Externe Teilung auf Wunsch	2405	842
(2) Externe Teilung in Beamtenversorgungssystemen	2407	842
(3) Zielversorgung	2408	843
(4) Rechtsfolge für die ausgleichspflichtige Person	2409	844
bb) Steuerrechtliche Folgewirkungen	2410	844
(1) Steuerfreiheit der Übertragung	2410	844
(2) Besteuerung der späteren Leistungen	2413	845
(3) Ausgleichszahlung zur Vermeidung einer Versorgungskürzung	2416	846
3. Ausnahmen vom Versorgungsausgleich	2419	847
a) Zivilrechtliche Grundlagen	2419	847
b) Steuerrechtliche Folgewirkungen bei Ausschluss des Versorgungsausgleichs gegen Abfindung	2420	848
aa) Ausgleichspflichtige Person	2420	848
bb) Ausgleichsberechtigte Person	2424	850
4. Ausgleich nach der Scheidung	2425	851
a) Zivilrechtliche Grundlagen	2425	851

	Rz.	Seite
aa) Fehlende Ausgleichsreife	2425	851
(1) Allgemeines	2425	851
(2) Wirkung auf andere Anrechte	2430	852
bb) Vorbehalt ausgleichsreifer Anrechte für den Ausgleich nach der Scheidung	2431	853
cc) Ausgleichszahlungen	2432	853
(1) Ausgleichsrente	2432	853
(2) Abtretung von Versorgungsansprüchen	2435	854
(3) Ausgleich von Kapitalzahlungen	2437	855
(4) Abfindung eines schuldrechtlichen Ausgleichsanspruchs	2440	855
(5) Tod der ausgleichspflichtigen Person	2442	856
b) Steuerrechtliche Folgewirkungen	2444	857
aa) Allgemeines	2444	857
bb) Anspruch auf Ausgleichsrente	2449	859
(1) Laufende Versorgung in Form einer Rente aus der Basisversorgung	2449	859
(2) Laufende Versorgung in Form eines Versorgungsbezugs i. S. d. § 19 EStG	2450	859
(3) Laufende Versorgung in Form einer Leibrente i. S. d. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. bb EStG	2451	860
(4) Laufende Versorgung aus einem Pensionsfonds, einer Pensionskasse, einer Direktversicherung oder einem Riester-Vertrag	2452	860
cc) Abtretung von Versorgungsansprüchen	2453	861
dd) Anspruch auf Ausgleich von Kapitalzahlungen	2455	862
ee) Anspruch auf Abfindung	2456	862
ff) Anspruch gegen die Witwe oder den Witwer (§ 26 VersAusglG)	2461	863
III. Unterhaltsleistungen geschiedener oder dauernd getrennt lebender Ehegatten/Lebenspartner (Realsplitting)	2469	864
1. Allgemeines	2469	864
2. Bedeutung des Realsplittings	2470	865
3. Begünstigte Unterhaltsleistungen	2473	866
4. Begrenzung des Antrags auf einen Teilbetrag der Unterhaltsleistungen	2475	868
5. Wirkungen der Zustimmung	2477	868

	Rz.	Seite
6. Korrespondenz zwischen § 22 Nr. 1a und § 10 Abs. 1a Nr. 1 EStG	2480	870
7. Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für den dauernd getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten/Lebenspartner	2483	871
8. Vorrang des § 22 Nr. 1a EStG vor § 22 Nr. 1 Satz 1 EStG	2487	873
9. Keine unbeschränkte Steuerpflicht des Empfängers	2491	874
IV. Abzug der Jahreserbschaftsteuer nach § 23 ErbStG als dauernde Last	2496	875
1. Allgemeines	2496	875
2. Rechtslage bis 1998	2497	875
3. Rechtslage von 1999 bis 2004	2502	877
4. Rechtslage von 2005 bis 2008	2503	878
5. Rechtslage ab 2009	2505	879
V. Rentenversicherungen und Lebensversicherungen gegen fremdfinanzierten Einmalbetrag	2511	880
1. Modellgestaltung	2511	880
2. Steuerliche Behandlung der unterschiedlichen Komponenten	2514	881
3. Einschränkung der Modelle durch § 2b EStG	2526	883
4. Weitere Einschränkung durch § 15b EStG	2530	884
Stichwortverzeichnis		885